

## PRESSEMITTEILUNG

### Deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie reagiert auf Bericht von Transparency International:

Bezugnehmend auf einen Transparency-Bericht über die Einflussmöglichkeiten für Rüstungsunternehmen auf deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik erklärt der BDSV:

Die Mitgliedsunternehmen des BDSV wirtschaften im Einklang mit den nationalen und internationalen Leitlinien zur Geschäftsethik und Compliance. Sie bekennen sich zur Einhaltung von Recht und Gesetz im nationalen und internationalen Geschäftsverkehr.

Die Schlussfolgerung des Berichtes, dass Rüstungsunternehmen erheblichen Einfluss auf die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausüben können, wird vom BDSV nicht geteilt.

Der BDSV als offiziell beim Deutschen Bundestag gelisteter Industrieverband vertritt die Interessen der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie so transparent wie es die entsprechenden Regularien erfordern und zulassen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Bundesregierung selbst ihre außen- und sicherheitspolitischen Motive für Rüstungsentscheidungen nur sehr begrenzt offenlegt.

Daher hat auch das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom Oktober 2014 Grenzen der Transparenz abgesteckt, z.B. zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen und zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

Die allgemeine und von Transparency nicht belegte Unterstellung einer „auch im Verteidigungssektor unlauteren Beeinflussung von politischen Entscheidungsträgern“ weist der BDSV zurück.

Als Mitglied im BDI trägt der BDSV zudem die Initiative der Allianz für Lobbytransparenz von BDI, VCI, Transparency International, Familienunternehmen, Naturschutzbund (NABU) und Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) im Rahmen des diskutierten Lobbyregisters mit. Aufgrund der besonderen Sicherheitsrelevanz des Politikbereiches und der Produkte sowie der vertraulichen Geschäftsinteressen der Unternehmen darf diese Offenlegungspflicht allerdings nicht für den Inhalt konkreter Gespräche gelten. Alle Vorgaben müssen dabei unter dem Primat der Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland stehen.